

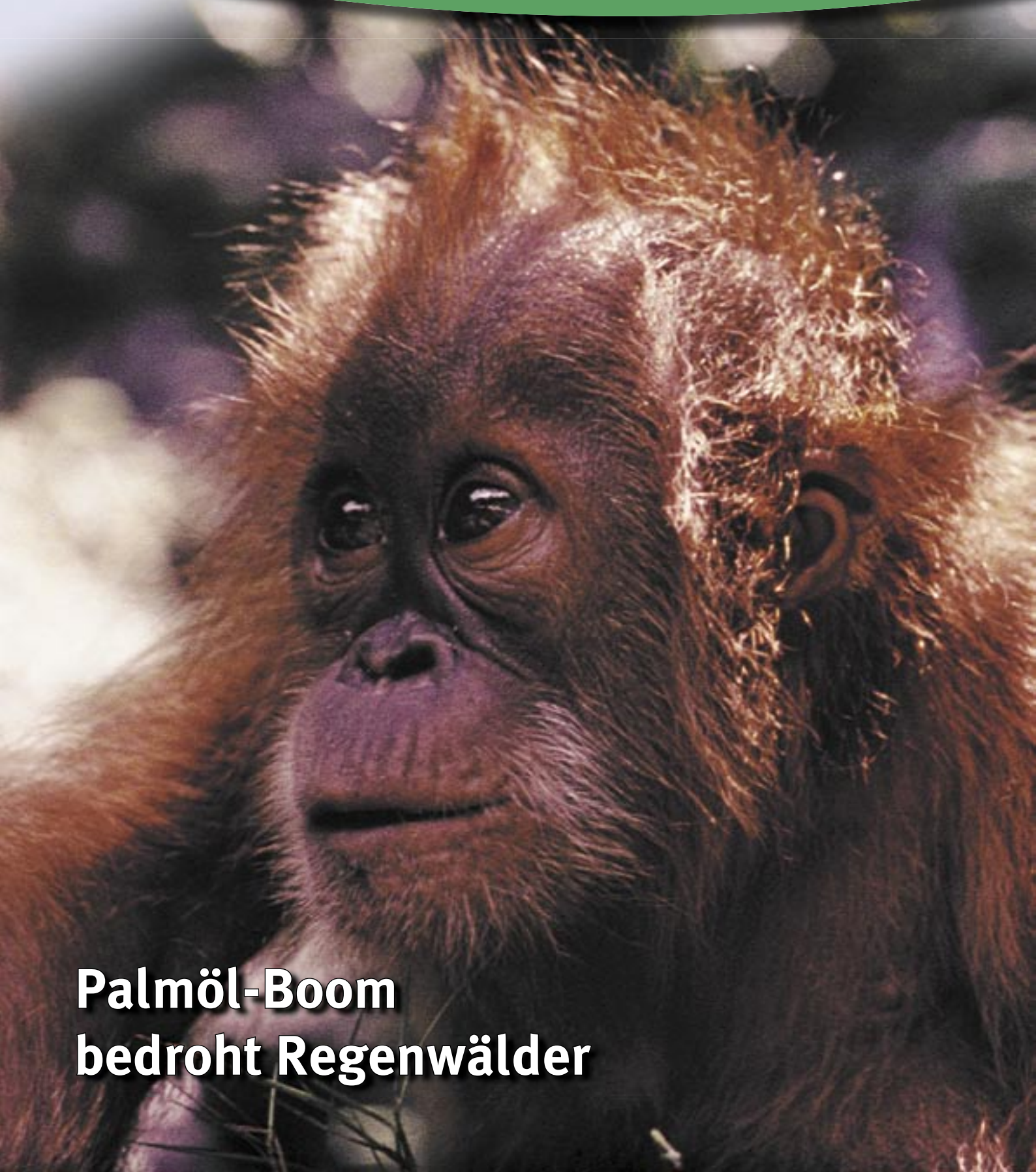
ARA



Magazin

2/06

www.araonline.de



**Palmöl-Boom
bedroht Regenwälder**



Liebe Leserinnen und Leser, liebe Mitglieder und Freunde,

im letzten ARA-Magazin haben wir am Beispiel der ehrgeizigen Bemühungen um den Schutz eines der bedeutendsten Tieflandregenwaldgebiete Indochinas über die Zusammenarbeit zwischen ARA und der Stiftung Eine Welt – Eine Zukunft berichtet. Nachdem ARA bereits vor einer Reihe von Jahren ein erstes Naturschutzvorhaben in Kambodscha initiiert und finanziert hat, sind unsere Arbeitskontakte in dieser sehr bedeutenden Region Südostasiens immer stärker intensiviert worden. Wir sind voller Hoffnung, vielleicht schon im nächsten ARA-Magazin von konkreten neuen Projekterfolgen aus Kambodscha berichten zu können. Die Zusammenarbeit mit der Stiftung Eine Welt – Eine Zukunft war jedenfalls der entscheidende Schrittmacher für dieses Projekt.

Im vorliegenden Heft ziehen wir nach fünf Jahren ein wenig Bilanz zur Arbeit einer zweiten Stiftung, an deren Gründung ARA ebenfalls maßgeblich beteiligt war und für deren Entwicklung wir im Stiftungsvorstand weiter tatkräftig mitwirken: die Stiftung Artenschutz. Mit Organisationen wie dem WWF oder der großen amerikanischen Naturschutzorganisation Conservation International als Partner im Beirat dieser Stiftung hoffen wir, sie auf Dauer als einen weiteren wichtigen Partner im internationalen Naturschutz etablieren zu können.

Im nächsten Jahr wird ARA auch auf eine 15-jährige Mitgliedschaft im Leitungskreis des Forums Umwelt & Entwicklung deutscher Nichtregierungsorganisationen zurückblicken können. Die Überprüfung der Wirksamkeit dieses großen umwelt- und entwicklungspolitischen Bündnisses durch eine unabhängige wissenschaftliche Einrichtung hat dem Forum übrigens vor einigen Monaten ein hervorragendes Zeugnis ausgestellt.

Die aktive Mitwirkung in den genannten Gremien bindet natürlich Einiges unserer Arbeitskraft. Umgekehrt können wir feststellen, dass sowohl die politischen Schwerpunkte der Arbeit von ARA als auch die Möglichkeiten der Umsetzung von Naturschutz- und Entwicklungsprojekten erheblich von den verschiedenen Kooperationen profitieren. Angesichts zunehmender - in der Öffentlichkeit übrigens kaum wahrgenommener - Einschränkungen der staatlichen Förderung des ehrenamtlichen Natur- und Umweltschutzes fühlen wir uns jedenfalls als ARA gut aufgestellt.

Ihr
Jürgen Wolters

Inhalt 2/06

Kurz berichtet	3
Pack den Tiger in den Tank - Fatale Schattenseiten des Biodiesels	4
Die vergessenen Arten	9
Erfolg vor Gericht - Landrechte für die Maroons in Surinam	12
Aracruz: Anerkennung von Landrechten verzögert sich	14

ARA-Projekt Kambodscha: Lernt die Weltbank aus ihren Fehlern?

Es ist schon ungewöhnlich, wenn Weltbankpräsident Paul Wolfowitz Fehler der eigenen Organisation eingesteht. Dies ließ sich allerdings nicht umgehen, als im Juli dieses Jahres der Bericht einer internen Überprüfung veröffentlicht wurde. Das Urteil des World Bank Inspection Panel über ein mit fünf Millionen US-Dollar finanziertes Programm zur Kontrolle von Forstkonzessionen und Waldbewirtschaftung in Kambodscha war niederschmetternd: Sechs der bankinternen Arbeitsvorgaben wurden umgangen, die Meinung der vom Wald abhängigen Bevölkerung ignoriert und das Hauptziel der Weltbank, die Armutsbekämpfung, aus den Augen verloren.

Die Antwort der Bank ist ein Plan zur Schadensbegrenzung, in dem sie sich zu einem weiteren Engagement in der Wäldern Kambodschas verpflichtet. Darin wird versichert, dass die Weltbank in Zukunft die betroffene Bevölkerung mit einbeziehen wird, die Vergabe von Land- und Nutzungsrechten an Dorfgemeinschaften unterstützen und die Erarbeitung kommunaler Waldnutzungspläne fördern wird.

Wenn diese Pläne ernst genommen werden, bedeuten sie eine nicht unerhebliche Unterstützung für das Projekt „Prey Long“ der Stiftung Eine Welt – Eine Zukunft (siehe dazu ARA Magazin 1/06). Dabei steht die Absicherung traditioneller Nutzungsformen, wie das Zapfen von Baumharz, im Vordergrund. Gleichzeitig sollen aber auch Zonen geschaffen werden, in denen Jagd und Holzeinschlag untersagt sind.

Projektleiter Marcus Hardtke sieht nun gute Chancen, Schutz- und Nutzungszonen in einem der letzten intakten Tieflandregenwälder Kambodschas einzurichten. Um allerdings sicher zu stellen, dass die Versprechen der Weltbank auch eingehalten werden, hätte der Inspection Panel mit einer Kontrolle der Umsetzung beauftragt werden müssen.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, warum das kambodschanische Volk fünf Millionen US-Dollar an die Weltbank zurückzahlen soll – für ein Projekt, das für sie keinen Nutzen hat. Auch wurden bislang keine Schritte unternommen, diejenigen zur Rechenschaft zu ziehen, die für das verfehlte Weltbankprogramm verantwortlich waren.

ARA-Projekt Ecuador: Indianer aus Sarayaku verhaftet

Der Konflikt zwischen den Kichwa-Indianern aus Sarayaku und Ölfirmen, die auf dem Land der Indianer nach Öl bohren wollen, spitzt sich zu. Vor dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte forderten die Indianer aus dem Tieflandregenwald Ecuadors ihre Regierung auf, Verantwortung für begangene Menschenrechtsverletzungen zu übernehmen und die Rechte von Sarayaku effektiv zu sichern (wir berichteten im ARA Magazin 1/06).

Am 27. Juli 2006 wurden fünf Indianer aus Sarayaku bei einem Besuch in der Provinzstadt Puyo von der Armee festgenommen. Angeblich lägen Informationen des militärischen Nachrichtendienstes vor, dass die Indianer im Besitz von Sprengstoff seien. Die Leitung der Kichwa von Sarayaku stellt aber fest, dass der vermeintliche Diebstahl von Sprengstoff allein auf Gerüchten beruhte, die die Ölfirma CGC in der lokalen Presse lanciert hatte.

Dazu konnte es nur kommen, weil der ecuadorianische Staat immer noch nichts unternommen hat, um 1,5 Tonnen Sprengstoffe abzutransportieren, die von der CGC in den Jahren 2002 und 2003 in das Gebiet von Sarayaku gebracht wurden, um damit seismische Untersuchungen durchzuführen. Nach offiziellen Informationen des Ministeriums für Energie und Bergbau wurden an 476 Stellen jeweils drei bis fünf Kilogramm Sprengstoff deponiert, ohne dass die Indianer vorher darüber informiert wurden. Bereits im vergangenen Jahr haben die Indianer das Ministerium aufgefordert, ihnen Karten auszuhändigen, auf denen alle Lagerorte markiert sind. Unter Aufsicht einer unabhängigen Organisation solle der Sprengstoff dann abtransportiert werden.

Obwohl vom Interamerikanischen Gerichtshof ausdrücklich zur Entsorgung des Sprengstoffs aufgefordert, versuchen Vertreter des Staates statt dessen, das Vorgehen der Ölfirma zu rechtfertigen.

Die Menschen von Sarayaku wehren sich weiterhin gegen alle Versuche, ihren Kampf für Land- und Menschenrechte und den Schutz der Umwelt zu diskreditieren. Währenddessen wurden die Haftbedingungen der Indianer erschwert. Der minderjährige César Vargas wurde in das weit entfernte Gefängnis von Ambato verlegt, wo er von seiner Familie nur selten besucht werden kann.



Die Indianer aus Sarayaku wehren sich gegen die Ölförderung auf ihrem Land. Nun werden sie beschuldigt, Sprengstoff gestohlen zu haben, der von den Ölfirmen ohne Genehmigung auf ihrem Land deponiert wurde.

Pack den Tiger in den Tank

Fatale Schattenseiten des Biodiesels

Was früher nur ein Werbespruch war, droht jetzt Wirklichkeit zu werden. Denn für die Produktion von Biodiesel werden immer neue Regenwaldgebiete in Palmöl-Plantagen umgewandelt. Der vermeintlich umweltfreundliche Treibstoff aus nachwachsenden Rohstoffen ist längst zu einer Triebfeder der Regenwaldzerstörung geworden, berichtet ARA-Mitglied und Südostasienspezialistin Christian Offer.

Seit Mai darf Diesel an Indonesiens Tankstellen bis zu zehn Prozent Biokraftstoff enthalten. Präsident Susilo Bambang Yudhoyono will, dass im Jahr 2025 nur noch ein Drittel der Energie, die die etwa 260 Millionen Indonesier verbrauchen, aus Öl stammt. Zwei Drittel sollen Pflanzen, Erdwärme und Kernkraft liefern.

Indonesien und Nachbar Malaysia haben angekündigt, in Zukunft 40 Prozent ihrer Palmölproduktion für die Herstellung von Biokraftstoff zu nutzen. Bereits heute bauen die beiden Staaten Ölpalmen auf einer Fläche an, die größer ist als Bayern und Baden-Württemberg. Damit werden derzeit 85 Prozent des

Palmöl-Weltmarkts abgedeckt. Das exportierte Öl steckt in jedem zehnten Supermarktprodukt: in Kosmetika, Margarine, Waschmitteln, Süßigkeiten und vielem mehr. Gleichzeitig kann Palmöl als Biokraftstoff dienen und konventionellem Sprit beigemischt werden. Dieser Verwendungszweck soll durch massive Produktionssteigerung forciert werden.

Dabei ist die Palmölindustrie einer der größten Waldvernichter in Indonesien. Da Plantagen offiziell nur auf vorgeschädigten Flächen angelegt werden dürfen, legen die Unternehmen häufig Feuer in Naturwäldern. In Erinnerung sind noch die großen Brände von 1997/98, bei denen in Indonesien mehr

In Malaysia und Indonesien werden im Jahr etwa 30 Millionen Tonnen Palmöl produziert.



als fünf Millionen Hektar Tropenwald in Flammen aufgingen. Obwohl die indonesische Umweltbehörde nachweisen konnte, dass große Plantagenfirmen auf ihrem Land Brände gelegt hatten, wurde gegen die Brandstifter kaum etwas unternommen.

Gewinne auf Kosten der lokalen Bevölkerung

Die sozialen Folgen der massiven Ausweitung der Ölpalm-Plantagen sind unübersehbar. Die lokale Bevölkerung wird ihrer traditionellen Lebensformen beraubt und häufig ohne Entschädigung von ihrem angestammten Land vertrieben. Militär und Sicherheitskräfte, von den Unternehmen zum Schutz der Plantagen angeheuert, arbeiten mit Einschüchterung, Bedrohung und Gewalt. Am Palmölboom teilhaben kann die Bevölkerung nur selten - als Tagelöhner auf den Plantagen oder als Kleinbauern mit eigenen Palmen. In beiden Fällen sind die Menschen von den großen Unternehmen abhängig. Ihr Einkommen wird vom Weltmarktpreis eines einzelnen Produkts diktiert.

Nach Angaben der indonesischen Organisation Sawit Watch (Sawit = Palmöl) sind etwa 100 von 220 Millionen Menschen in Indonesien zum Überleben auf die natürlichen Ressourcen der Wälder angewiesen, darunter rund 40 Millionen Indigene. Hinzu kommt, dass Mensch und Natur durch den enormen Einsatz von Kunstdünger und Pestiziden in den Ölpalm-Plantagen geschädigt und Flüsse verseucht werden.

Dabei könnte die Waldzerstörungsrate selbst bei gleichbleibenden Wachstumszielen für den Ölpalmen-Anbau wesentlich niedriger ausfallen. Nur ein kleiner Teil der entwaldeten Flächen ist nämlich bisher bepflanzt worden - in Kalimantan, dem indonesischen Teil der Insel Borneo, ist es ein Zehntel der gerodeten drei Millionen Hektar. Ein Grund dafür sind Subventionen aus dem staatlichen Wiederaufforstungsfonds, die viele Unternehmer einstreichen, ohne einen tragfähigen Wirtschaftsplan vorweisen zu können.

Gefördert wird die Waldzerstörung durch Korruption und Interessenverflechtungen zwischen Regierung, Wirtschaft und Militär. So hält eine der größten Zellstoff- und Papierfirmen, PT Kiani, größere Teile der Palmöl-Anbauflächen in Ost-Kalimantan - ein lukratives Geschäft, können doch die auf den zukünftigen Plantagenflächen stehenden Edelhölzer zunächst verkauft werden und das Restholz danach in den Zellstoff-Fabriken verschwinden.



Palmölplantagen erstrecken sich in Indonesien bereits über mehr als fünf Millionen Hektar. Die Fläche soll in den nächsten Jahren noch verdoppelt werden.

Großprojekt im Herzen Borneos

Nicht nur in Europa gibt es einen Run auf „Bio“-Kraftstoffe. Gerade boomende Schwellenländer wie China haben erkannt, dass sie mehrgleisig fahren müssen, wenn sie auch in Zukunft ihren Energiehunger stillen wollen. Fossiles Öl ja - eine zügige Erschließung regenerativer Quellen aber auch. Ausgerechnet das Rennen um „grüne“ Zukunftstechnologien könnte den letzten naturnahen Ökosystemen Südostasiens zum Verhängnis werden.

Unlängst unterzeichnete der chinesische Wirtschaftsminister ein gigantisches Naturzerstörungsprogramm im Zentrum der Insel Borneo. Einer der letzten zusammenhängenden Regenwälder Indonesiens soll einer 1,8 Millionen Hektar großen Ölpalm-Plantage weichen. Es wäre die größte der Welt.

Entlang der Grenze zu Malaysia entsteht eine etwa 100 Kilometer breite Planungszone quer durch den Regenwald. Während mit der Rodung des Waldes bereits begonnen wurde, sind auf der anderen Seite der Grenze, im malaysischen Bundesstaat Sarawak, „Bio“-Diesel-Fabriken geplant. China ist bereit, mit

dem Bau von Straßen und Eisenbahnlinien die notwendige Infrastruktur zu schaffen und sich seine Investitionen mit Palmöl vergüten zu lassen.

Erfüllen sich Indonesiens Pläne, innerhalb der nächsten Jahre mit einer Anbaufläche von insgesamt sechs Millionen Hektar Ölpalmen Malaysia als weltgrößten Palmölproduzenten (knapp 17 Millionen Tonnen pro Jahr) abzulösen, würde das Land gleichzeitig zum weltweit größten Lieferanten von nachwachsenden Energierohstoffen aufsteigen. Für die Umsetzung des gigantischen Entwicklungsprojekts benötigt Indonesien die Beteiligung von mindestens 40 Industriefirmen, die sich an der „Inwertsetzung“ des Landes beteiligen. Das Ministerium für Arbeitskräfte und Umsiedlung will hunderttausende Menschen aus dichter besiedelten Inseln wie Java zum Aufbau der

Waldbrände entstehen häufig in Plantagen oder holzwirtschaftlich genutzten Wäldern.



Plantagen nach Kalimantan holen. Das Ministerium für öffentliche Aufgaben soll die Waldrodungen und den Straßenbau koordinieren und das Forstministerium die Auswahl und die Umeignung von Landflächen übernehmen.

Die indonesische Öffentlichkeit wird in der Zwischenzeit mit Argumenten für das zerstörerische Projekte gewonnen, die in Deutschland nur allzu vertraut klingen: Zwischen 100.000 und einer Million Arbeitsplätze sollen im Rahmen der Projektumsetzung entstehen und der Bildungs- und Lebensstandard angehoben werden. Dass gleichzeitig tausende Menschen mit dem Wald und seinen Produkten ihre wichtigste Einkommensquelle verlieren werden, scheint keine Rolle zu spielen. Eine Studie der Organisation Greenomics Indonesia kommt zu dem Schluss, dass den geplanten chinesischen Investitionen von über acht Milliarden US-Dollar Verluste von schätzungsweise 2,7 Milliarden US-Dollar gegenüberstehen, die die ländliche Wirtschaft Kalimantanans durch die ökologischen Schäden erleiden würde. Ein präsidialer Erlass der Regierung erlaubt es übrigens, in dieser Grenzzone das Land derjenigen zu enteignen, die einen Ölpalmen-Anbau im Sinne des Gemeinwohls ablehnen.

Wenn die geplanten Infrastrukturprojekte das bislang unzugängliche Gebiet für eine Besiedlung öffnen, steht zu befürchten, dass die tatsächliche Entwaldung, die von dem Palmölprojekt ausgeht, ein Vielfaches der geplanten Rodungsfläche umfassen wird. Damit wird neben Papua auch Indonesiens letzte Schatzkammer einzigartiger biologischer Vielfalt wirtschaftlichen Interessen geopfert. Nur in dieser Bergregion der Insel Borneo kommen Orang-Utan, Elefant und Nashorn noch gemeinsam vor. Die Naturschutzexpertin Femke van den Bos schreibt dazu in der Jakarta Post: „Bei gleichbleibender Entwaldungsrate werden weitere zwei oder drei Jahre der Regenwaldzerstörung in Indonesien ausreichen, um das Schicksal der letzten wild lebenden Orang-Utans zu besiegeln. Der Genpool der Populationen, die im Jahr 2008 noch existieren werden, wird zu klein sein, um ihr Überleben zu sichern.“

Das Paradoxe an dem Megaprojekt in der indonesisch-malaysischen Grenzregion: Nur auf 10 Prozent des ursprünglich vorgesehenen 5 bis 10 km breiten Grenzstreifens können Ölpalmen wachsen. Der Rest des bergigen Geländes liegt in einer Höhe, in der die Bäume nicht gedeihen. Hinzu kommt, dass sowohl Umwelt- als auch Landwirtschafts- und Forstministerium das Projekt mit der Begründung

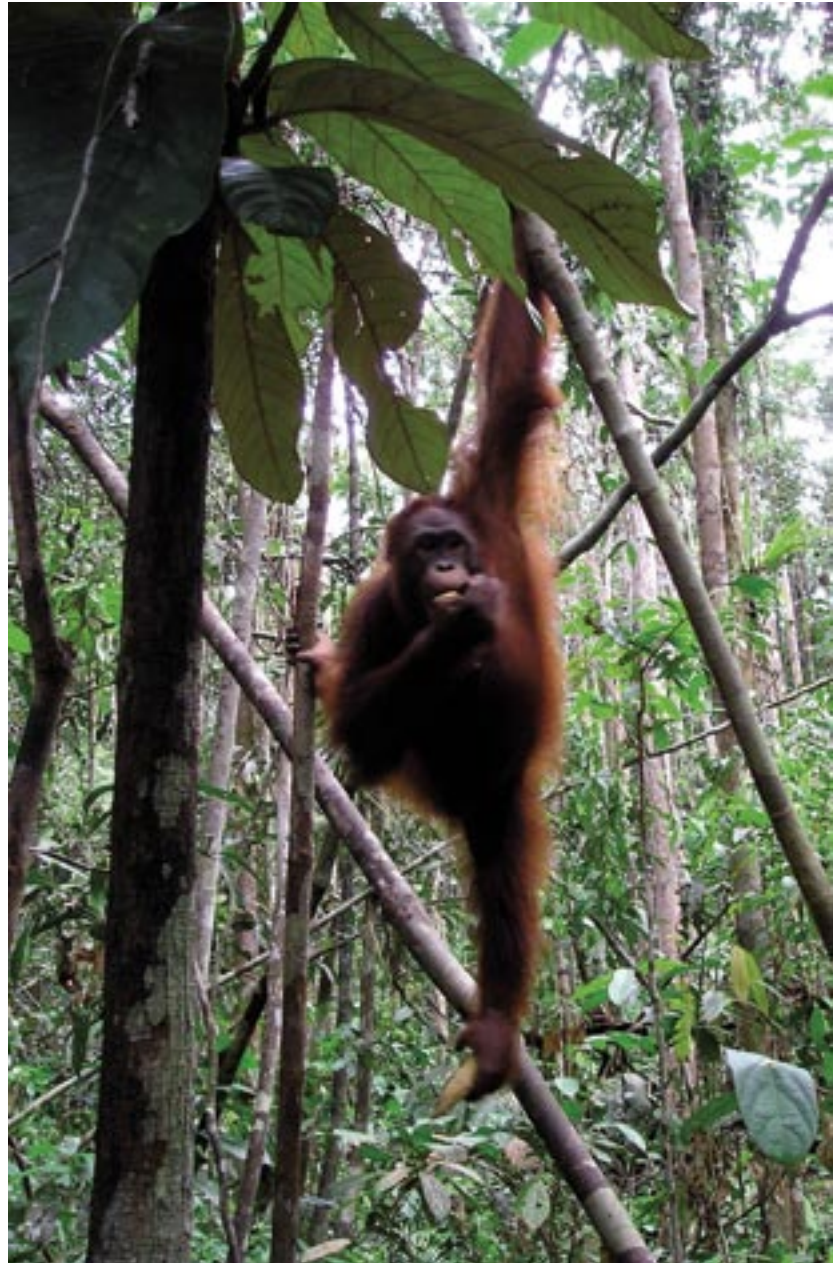
abgelehnt hatten, es gefährde die bestehenden schützenswerten Waldgebiete. Nachdem auch noch eine Durchführbarkeitsstudie diese Position bestätigte, hat sich die indonesische Regierung auf Vorschlag des Ministeriums für öffentliche Aufgaben entschlossen, die Planungszone auf einen 100 km breiten Korridor zu erweitern, um die gewünschten Anbaumengen – offiziell außerhalb schützenswerter Gebiete – zu erreichen und sogar noch auszuweiten.

Das Vertrauen von Umweltorganisationen in die Versprechen der Politik, die verbleibenden Waldgebiete tatsächlich zu verschonen, ist gering. Schon bisher gehen in Kalimantan jedes Jahr 1,2 Millionen Hektar Regenwald für immer verloren – für Kautschuk-, Papierholz- und Palmölplantagen, für die Holzgewinnung und die industrielle Landwirtschaft. Ein aktueller Bericht europäischer und indonesischer Umweltorganisationen kommt zu dem Ergebnis, dass 60 Prozent des in den Jahren 2004/05 gerodeten Waldes einen hohen Naturschutzwert besaßen – entgegen der Selbstverpflichtung der indonesischen Regierung aus dem Jahr 2000, keine weiteren Wälder in Plantagen umzuwandeln.

„Bio“-Diesel aus Indonesien

In der EU ist Deutschland nach den Niederlanden der zweitgrößte Importeur von indonesischem Palmöl. Wichtige Abnehmer sind vor allem die Lebensmittel-, Kosmetik- und Waschmittelindustrie. Ein sprunghaft ansteigender Anteil wird zu Brennstoffen verarbeitet.

Dies soll demnächst auch im ostfriesischen Emden geschehen, wo der Bau einer „Bio“-Diesel-Raffinerie geplant ist. Für die jährliche Produktion von rund vier Millionen Litern Pflanzen-Diesel werden nicht weniger als 430.000 Tonnen indonesisches Palmöl benötigt. Im Emdener Hafen sollen außerdem bis zu 50 mit Palmöl befeuerte Blockheizkraftwerke entstehen. Beide Projekte sollen mit niedersächsischen Steuergeldern aus einem eigens eingeführten Fonds für nachwachsende Rohstoffe gefördert werden. Nun wird in Emden also die Regenwaldvernichtung subventioniert. Bislang ist die Stadt mit gutem Beispiel vorangegangen und hat massiv in regenerative Energiegewinnung investiert. 2005 erhielt sie den Deutschen Solarpreis und nennt sich seitdem „Regenerative Hauptstadt des europäischen Nordens“.



Sauberer Biodiesel aus Rapsöl?

Spricht nicht die Tatsache, dass im Jahr 2005 in Deutschland LKW und Traktoren rund 710 Millionen Kilometer mit Rapsöl gefahren sind, dafür, dass es gute Alternativen für Palmöl gibt?

Das Umweltbundesamt ist skeptisch: Wegen der beschränkten Ackerflächen können mit in Deutschland angebautem Raps maximal etwa fünf Prozent des im Verkehrssektor benötigten Dieselmotorkraftstoffs ersetzt werden. Hierzu müsste aber bereits die Hälfte der gesamten deutschen Ackerfläche zum Biodiesel-Rapsanbau in vierjähriger Fruchtfolge genutzt werden. Das tatsächliche Potential liege deshalb eher in der Größenordnung von ein bis zwei Prozent der Gesamt-Dieselmenge.

Neue Palmölplantagen bedrohen die letzten Rückzugsräume der Orang-Utans.

Eine von der Europäischen Union in Auftrag gegebene Studie kommt zu dem Ergebnis, dass 14 bis 27 Prozent der EU-Agrarflächen mit nachwachsenden Rohstoffen belegt würden, wenn das Ziel eines Ersatzes von 5,75 Prozent der im Transportsektor verwendeten fossilen Kraftstoffe durch „Bio“-Kraftstoffe bis zum Jahr 2010 erreicht werden sollte. Sogar in der EU macht sich die Erkenntnis breit, dass eine massive Ausweitung des Anbaus von nachwachsenden Rohstoffen einen zusätzlichen Druck auf die ohnehin von allen Seiten bedrängten Ökosysteme der Erde ausüben würde.

Auch das oft vorgebrachte Argument der Klimafreundlichkeit von Raps-Diesel fällt beim näheren Hinsehen in sich zusammen. So wird bei der Düngung von Raps Lachgas frei, das eine 320-fach stärkere Treibhauswirkung entfaltet als CO₂. Je nach Anbau-, Herstellungs- und Transportsystem könnten die Emissionen für die Verwendung von „Bio“-Kraftstoff sogar

höher sein als bei fossilen Treibstoffen, so das Umweltbundesamt.

Untersuchungen der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft und der Umweltmedizinischen Abteilung der Uniklinik Bochum zeigen, dass die Emissionen von reinem Rapsöl wesentlich umwelt- und gesundheitsschädlicher sind als diejenigen von herkömmlichem Diesel. Hinsichtlich der erbgutverändernden Wirkung sei Rapsöl zehnmal stärker wirksam als normaler Dieselmotorkraftstoff.

Der britische Umweltautor George Monbiot merkt an: „Wenn wir einen Markt für Rapsöl-Diesel in Europa aufbauen, dann entwickeln wir gleichzeitig auch einen Markt für Diesel aus Palmöl. Denn Ölpalmen können viermal mehr Biodiesel je Hektar produzieren als Raps, und sie werden an Orten angebaut, wo Arbeitskraft billig ist“... und wo Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung wenig zählen, möchte man hinzufügen.



Steigt die Nachfrage nach Biodiesel weiter an, wird sie in Kürze nicht mehr von dem in Europa angebauten Raps gedeckt werden können. Der Bedarf an Öl aus Palmfrüchten wird wachsen.



Die vergessenen Arten

Eine ungewöhnliche Stiftung etabliert sich

Dass sich privatwirtschaftliche Unternehmen, Naturschutzorganisationen und zoologische Gärten in einer gemeinsamen Naturschutzinitiative zusammenfinden, ist außergewöhnlich. Für die „Stiftung Artenschutz“, an deren Gründung ARA maßgeblich beteiligt war, ist es Programm. Fünf Jahre nach ihrer Gründung kann die Stiftung eine bemerkenswerte Bilanz aufweisen.

ARA-Vorstandsmitglied Jürgen Wolters, der zu den Gründungsmitgliedern der Stiftung gehört, begründet das ARA-Engagement in der Stiftung vor allem durch den langfristigen Nutzen, der sich aus der Zusammenarbeit mit Zoos ergeben kann: „Angesichts von heute 45 überwiegend deutschen Partnerzoos mit jährlich etwa 20 Millionen Besuchern haben wir nicht nur gute Ausgangsvoraussetzungen geschaffen für eine breite Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zu Gunsten des globalen Naturschutzes. Für zoologische Gärten wie Münster, Köln oder auch Heidelberg ist finanzielles wie personelles Engagement in internationalen Naturschutzprojekten heute

selbstverständlicher Bestandteil ihrer Arbeit – aber für eine Reihe anderer Einrichtungen ist dies längst noch nicht die Regel. Wir müssen also die Effizienz der Stiftung auch daran messen, wie erfolgreich wir die Entwicklung von zoologischen Gärten zu weltweit operierenden Partnern des Naturschutzes beflügeln können.“

Die Durchführung von Zuchtprojekten für Arten, die von der Ausrottung bedroht sind, gehört nur ausnahmsweise und nur in den jeweiligen Ursprungsländern zum Arbeitsprogramm der Stiftung. Eindeutig im Vordergrund des Wirkens stehen Bemühungen zum Schutz der letzten freilebenden Bestände bzw. Le-

Zum Schutz bedrohter Hornvogelarten wurden auf den Philippinen auch Zuchtprojekte durchgeführt.



Der Cat Ba Langur Vietnams: eine der seltensten Affenarten überhaupt.



bensräume existenziell gefährdeter Tierarten. Zur Besonderheit der Stiftung gehört dabei, sich bevorzugt um den Schutz solcher Arten zu bemühen, die anders als Menschenaffen, Nashörner oder Wale über keine große Lobby in der Öffentlichkeit oder auch in Naturschutzkreisen verfügen – um „vergessene Arten“ wie den Großen Marabu, die Stelzengazelle, den Mekong-Riesenwels, den Äthiopischen Wolf oder den Europäischen Nerz.

Die Tierärztin des Angkor Center of Biodiversity, Isabell Stich, arbeitet auch als Umweltpädagogin.



Wirtschaftsunternehmen als Partner

Fast 700.000 Euro hat die Stiftung bislang weltweit in Naturschutzprojekte investiert. Dazu zählt zum Beispiel das Engagement für zwei der bedrohtesten Affenarten überhaupt, den Tonkin-Goldaffen und den Goldkopflanguren; beide Arten sind nur noch im Norden Vietnams anzutreffen. Bei Beständen von maximal 200 Individuen beziehungsweise etwa 55 Tieren beim Goldkopflanguren ist die Situation beider Tierarten so kritisch, dass im Vordergrund der Hilfsmaßnahmen zunächst der unmittelbare Schutz der seltenen Affen stehen muss. Nicht zuletzt dank der Bemühungen der Stiftung Artenschutz scheint derzeit der kontinuierliche Rückgang beim Goldkopflanguren gestoppt. Erstmals seit vielen Jahren war jetzt ein leichter Anstieg der Population zu verzeichnen.

Im Fall des Tonkin-Goldaffen bildet das Na Hang Nature Reserve, das auch für den Schutz anderer selten gewordener Arten wichtig ist, eines der letzten Rückzugsgebiete. Hier siedeln allerdings auch etwa 2.000 Menschen, weshalb Aufklärungsarbeit ein ebenso wichtiger Bestandteil des Schutzprojektes ist wie die Unterstützung der lokalen Bevölkerung bei der Entwicklung nachhaltiger Methoden der Land- und Naturnutzung außerhalb des Schutzgebietes. Wichtige Partner der Stiftungsarbeit waren hierbei übrigens die Nestlé Schöller GmbH und die Sparda-Bank Münster.

Dem Unternehmen Niehoffs Vaihinger Fruchtsäfte GmbH verdankt die Stiftung die Förderung von Schutzmaßnahmen für mehrere hoch bedrohte Hornvogelarten auf den Philippinen. Durch Abholzung verschwinden hier mehr und mehr Regenwaldflächen und damit überlebenswichtige Nahrungs- und Brutbäume für Hornvögel. Ein gefährlicher Kreislauf, denn die Hornvögel verbreiten die verdauten Samen der gefressenen Früchte und unterstützen damit die Neubewaldung von Brachflächen. Das Fleisch der Hornvögel ist außerdem als Luxus snack begehrt, und so wird den letzten Tieren durch Jagd nachgestellt. Angesichts der rasch fortschreitenden Naturzerstörung bestand der notwendige erste Schritt in diesem Projekt in der Nachzucht zweier Hornvogelarten in Menschenobhut – ein anspruchsvolles Vorhaben, das aber inzwischen sehr erfolgreich angelaufen ist. Nach der Bestandssicherung wird sich das Projekt mehr und mehr auf die Schaffung bzw. Renaturierung dauerhafter Schutzgebiete konzentrieren.

Erstes Naturschutzzentrum für Kambodscha

Eines der bislang größten Projekte der Stiftung Artenschutz ist das „Angkor Centre for Conservation of Biodiversity“, das dank einer großzügigen Spende des Münchener Unternehmensberaters Dr. Stephan Goetz aufgebaut werden konnte und das erste Naturschutzzentrum in Kambodscha darstellt. Angesichts eines sehr umfangreichen illegalen Tierhandels im Land dient das Zentrum zunächst als Auffangstation für beschlagnahmte Tiere. Der Aufbau der entsprechenden Gehege und der gesamten Infrastruktur ist seit dem vergangenen Jahr abgeschlossen. Zukünftig soll das Zentrum nach Bedarf auch Aufgaben in der Zucht existenziell bedrohter Tierarten übernehmen.

Andere Aufgaben, denen sich das Zentrum zukünftig verstärkt widmen soll, sind die Ausbildung von Naturschutzfachkräften, der Aufbau von Umweltbildungsstrukturen und die Förderung nachhaltiger Ressourcennutzung bei der lokalen Bevölkerung. Mit Hilfe der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) konnte diesbezüglich bereits ein erstes Projekt zur systematischen Bienenzucht und Honiggewinnung als alternative Einkommensquelle verwirklicht werden.

Langfristig soll sich das „Angkor Centre for Conservation of Biodiversity“ zu einer tragenden Säule des staatlichen wie nicht-

staatlichen Naturschutzes in Kambodscha entwickeln. Wegen der unmittelbaren Nähe zur berühmten Tempelanlage Angkor Wat ist auch daran gedacht, das Zentrum als touristische Informations- und Bildungsstätte für Naturschutzanliegen zu entwickeln.

Unbekannt und schon gefährdet

Zu den Aktivitäten der Stiftung gehören bei Bedarf auch Forschungsarbeiten. Im jüngsten Stiftungsprojekt werden beispielsweise wissenschaftliche Expeditionen am Aripuanã, einem Nebenfluss des Amazonas durchgeführt. Anwohner des Flusses sowie Jäger haben wiederholt Tierarten beschrieben, die der Fachwelt noch unbekannt sind, darunter mehrere Affenarten, eine Zwergseekuh und zwei Nabelschweine, auch Pekaris genannt. Das Gebiet am Aripuanã genießt bislang praktisch keinen nennenswerten Schutz, ist im Gegenteil durch den sich immer stärker ausdehnenden brasilianischen Sojagürtel bedroht. Die laufenden Forschungsarbeiten der Stiftung sollen den Nachweis bislang unbekannter Arten und damit überzeugende Argumente liefern, hier ein größeres Schutzgebiet einzurichten.

Wer mehr über die Arbeit der Stiftung erfahren will, findet ausführliche Informationen unter www.stiftung-artenschutz.de.

Praktischer Unterricht in Sachen Bienenzucht.



Erfolg vor Gericht – Landrechte für die Maroons in Surinam

Seit mehreren Jahren setzt sich ARA für die Rechte der traditionellen Bevölkerung Surinams ein. Dazu gehören auch die Maroon, Nachkommen schwarzer Sklaven, die seit über 300 Jahren autark in den Wäldern des südamerikanischen Staates leben. Gemeinsam mit der englischen Partnernorganisation Forest Peoples Programme konnten wichtige Erfolge erzielt werden – vor dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte.

Moiwana ist ein ehemaliges Dorf der N'djuka-Maroons im Distrikt Marowijne im Osten von Surinam. Am 29. November 1986, während des Bürgerkrieges zwischen dem surinamischen Militär und dem so genannten „Jungle Commando“ der Maroons, kam es dort zu einem Massaker. Angehörige des surinamischen Militärs töteten 39 Personen, die meisten davon Frauen und Kinder. Danach flüchteten tausende Bewohner des östlichen Buschlandes über den Marowijne-Fluss nach Französisch-Guyana.

Die Menschenrechtsorganisation Moiwana '86 hat sich jahrelang für eine Untersuchung der Ereignisse und die Verfolgung der Schuldigen an den Morden eingesetzt. Mit der Unterstützung von ARA konnte 2002 eine Klage beim Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte in Costa Rica eingereicht werden. Im Juli 2005 wurde die Regierung von Surinam

schließlich wegen der Massenmorde verurteilt. Ein Jahr später, am 15. Juli 2006, entschuldigte sich Präsident Ronald Venetiaan im Namen des Staates für das Massaker in Moiwana. An 130 Nachkommen der Opfer wurde ein Schmerzensgeld von etwa 10.000 Euro pro Person gezahlt. Darüber hinaus verpflichtete sich der Staat zur Einrichtung eines Fonds von einer Millionen Euro, aus dem bis 2010 der Wiederaufbau des Dorfes mit Häusern, Schulen und anderen sozialen Einrichtungen finanziert werden soll.

Eine wichtige Grundlage für diesen Erfolg lieferte ein weiteres Projekt: die Kartierung des Landes, das von den N'djuka Maroons traditionell besiedelt und genutzt wird. Das Gebiet umfasst 23 Dörfer im Distrikt Marowijne und wird zur Zeit durch Bergbau, Holzeinschlag und eine geplante Palmölplantage bedroht. Die Kartierung diente auch dazu, sich mit den benachbarten indigenen Völkern auf eine von beiden Seiten akzeptierte Grenze zu einigen. Die im März 2006 fertig gestellten Karten bilden nun die Grundlage, um das Urteil des Interamerikanischen Gerichtshof umzusetzen. Darin wird der Staat Surinam unter anderem aufgefordert, die notwendigen rechtlichen und administrativen Schritte zu unternehmen, um Landrechte auch für jene Gebiete sicher zu stellen, von denen die Maroons vertrieben wurden.

Internationale Öffentlichkeit hilft Landrechte vor Ort durchzusetzen

Damit konnte ein Präzedenzfall geschaffen werden, der nun auch andere Gemeinschaften ermutigt, auf diesem Weg eine Anerkennung ihrer Rechte zu erlangen. Bereits im Oktober

Flüsse sind die wichtigsten Verbindungswege zwischen den abgelegenen Dörfern der Maroons.



2000 hat sich die Vereinigung der Saramaka Maroons an die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte gewandt. 12 Clans aus den Binnenland Surinams werfen der Regierung vor, die rechtliche Anerkennung ihrer Landrechte zu verzögern und gleichzeitig Holzeinschlagskonzessionen in diesen Gebieten zu vergeben. Im März 2006 erkannte die Kommission die Vorwürfe an. Obwohl es sich dabei um eine vertrauliche Entscheidung handelte, wurde der Justizminister in der Presse mit der Aussage zitiert, dass die Landrechte der Saramaka Maroons anerkannt werden müssten und es dem Staat nicht mehr erlaubt sei, in diesem Gebiet Konzessionen zu vergeben. Außerdem wurde der Staat aufgefordert, Umweltschäden durch kommerziellen Holzeinschlag zu beheben. Zur Umsetzung der Entscheidung wurde eine Frist von 60 Tagen eingeräumt.

Gleichzeitig bat die Kommission die Saramakaner um eine Stellungnahme, ob ihr Fall an den Interamerikanischen Gerichtshof weitergeleitet werden soll. Während von den Maroons die notwendigen Dokumente geliefert und Zeugen benannt wurden, ließ die Regierung die 60-Tage Frist verstreichen. Seit Juli 2006 ist nun der Gerichtshof für den Fall zuständig. Eine erste Anhörung der Parteien wird für Mitte 2007 erwartet.

Keine Verhandlungen ohne greifbare Ergebnisse

Bereits im Januar 2006 hatte der Generalstaatsanwalt von Surinam um ein Gespräch mit den Vertretern der Saramaka Maroons gebeten. Von der Regierung wurden sie aufgefordert, ihre Anklagen fallen zu lassen und eine Einigung auf dem Verhandlungsweg zu suchen. Ihre Antwort war eindeutig: Bisher seien alle Verhandlungen daran gescheitert, dass die Regierung nicht zu einer Anerkennung ihrer Rechte bereit war. Sie betonten, dass sie keine Vorbehalte gegen eine ernsthafte Diskussion hätten, aber ihre Klage erst dann zurückziehen würden, wenn ein für beide Seiten akzeptables Ergebnis erreicht sei.

Mit Ihrer Spende können Sie helfen, indigene Landrechte zu sichern und den außergewöhnlichen Schüleraustausch fortzusetzen.

Stichwort: Surinam

ARA-Spendenkonto Nr. 72 217 300

BLZ 480 501 61



Bereits zum vierten Mal hat ARA ein für Surinam einzigartiges Projekt unterstützt: Einen Austausch von Schülern aus dem asiatisch geprägten Küstenstreifen, der schwarzen Bevölkerung des Binnenlandes und den indianischen Gemeinschaften. So können Vorurteile abgebaut werden und neue Freundschaften entstehen.

Auch im eigenen Land wächst die Anerkennung für dieses Projekt. Ein Bericht darüber wurde erst kürzlich in Lehrmaterialien des Bildungsministeriums übernommen, die an alle Schulen des Landes verteilt werden.

Aracruz:

Anerkennung von Indianerland wird verzögert

Eine Delegation der Tupinikim- und Guarani-Indianer war im Mai dieses Jahres in Europa unterwegs, um über ihren Kampf gegen die Ausbreitung der Eukalyptusplantagen auf ihrem Land und die Übergriffe des Zellstoffkonzerns Aracruz auf ihre Dörfer zu berichten. ARA unterstützt die Indianer bei ihren Protesten und begleitete sie auf ihrer Reise durch Deutschland.

Nach der Zerstörung von zwei Dörfern der Tupinikim und Guarani durch die brasilianische Polizei und Mitarbeiter des Zellstoffproduzenten Aracruz (siehe ARA Magazin 1/06) kämpfen die Indianer weiterhin um die Anerkennung ihrer traditionellen Landrechte. 11.009 Hektar ihres Landes wurden von der Firma Aracruz mit Eukalyptus-Monokulturen bepflanzt, die den Rohstoff für die Zellstoffproduktion liefern.

Am 31. Januar 2006 trafen sich Vertreter der Indianer mit Brasiliens Präsident Lula, wenige Tage später mit dem Justizminister. Dabei wurde ein Zeitplan für die geforderte Rückgabe

ihres Landes vereinbart.

Nachdem die brasilianische Indianerbehörde FUNAI im Februar 2006 ihren Bericht über die Ausweisung des Indianerlandes veröffentlichte, begann eine 90-Tages Frist, in der Widersprüche eingereicht werden konnten. In den folgenden zwei Monaten sollten dazu Stellungnahmen geschrieben sein, so dass weitere 30 Tage später (also bis zum 20. August 2006) der Justizminister endgültig über die Rückgabe des Landes entscheiden kann.

Zu einer ersten Verzögerung kam es bereits im Mai, als die FUNAI der Firma Aracruz

Gemeinsam mit Schülern der Bielefelder Laborschule informierten Wera Kwarai (Guarani, hockend) und Paulo Vicente (Tupinikim) in der Universität über die Zerstörung ihres Landes für Hygienepapier.



eine Fristverlängerung von 30 Tagen für ihren Widerspruch zugestehen musste. Der Grund waren Formfehler im Bericht der Indianerbehörde.

Noch am 1. Juni 2006 versicherten Anwälte der FUNAI, dass sie ihre Stellungnahme auch innerhalb von 30 Tagen schreiben könne, so dass die Unterlagen wie geplant am 20. Juli dem Justizminister vorgelegt werden könnten. Diese Frist ist mittlerweile verstrichen. Nun heißt es von der FUNAI, dass sie doch die vollen 60 Tage bräuchte, um die umfangreichen Unterlagen von Aracruz zu prüfen. Dabei handelt es sich um 36 Bände von jeweils 300 Seiten.

Ein Mitarbeiter des Justizministers ließ daraufhin wissen, dass das Ministerium möglicherweise mehr als 30 Tage benötige, um die Unterlagen ein zweites Mal zu prüfen. Das steht nicht nur in Widerspruch zu geltendem Recht, sondern auch zum Wort des Ministers, der in seinem Gespräch mit den Indianern eine zügige Bearbeitung zugesagt hatte, bei der man sich auf die Expertise der FUNAI verlassen werde. Bei der Indianerbehörde handelt es sich immerhin um eine Abteilung des Justizministeriums.

Damit steht zu befürchten, dass eine Entscheidung bis nach den Präsidentschaftswahlen im Oktober herausgezögert werden soll. Denn Aracruz gilt als wichtiger Sponsor für die Wahlkampagnen verschiedener Kandidaten, darunter auch Mitglieder der Partei des jetzigen Präsidenten.



Die beiden Indianer berichten den Bielefelder Laborschülern, wie ihre Kultur und ihre Dörfer durch Missionare in nur wenigen Jahren verändert wurden. Anschließend werden sie zu einem gemeinsamen Tanz aufgefordert.



Herzlichen Dank für Ihre Hilfe!

Ihre Spende können Sie von der Steuer absetzen. Bis zu einem Betrag von 100 Euro genügt dieser Zahlungsbeleg zusammen mit dem Kontoauszug als vereinfachter Spendennachweis. Bei einer höheren Spende erhalten Sie Anfang des nächsten Jahres automatisch eine Spendenbescheinigung von ARA.

Zuwendungsbestätigung

zur Vorlage beim Finanzamt. ARA ist wegen der Förderung der Bildung, der Wissenschaft und Forschung, der Völkerverständigung und des Naturschutzes nach dem letzten uns zugegangenen Freistellungsbescheid des Finanzamtes Bielefeld-Innenstadt, StNr. 305/0070/1518, vom 11.04.2005 für die Jahre 2002 bis 2004 nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes von der Körperschaftsteuer befreit.

Es wird bestätigt, dass es sich nicht um Mitgliedsbeiträge, sonstige Mitgliedsumlagen oder Aufnahmegebühren handelt und die Zuwendung nur zur Förderung der oben genannten begünstigten Zwecke verwendet wird.



Fördermitgliedschaft

Ich möchte die Arbeit von ARA regelmäßig unterstützen.

Dafür erteile ich ARA diese Einzugsermächtigung, die ich jederzeit widerrufen kann. Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein Geldinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen.

Ich zahle: monatlich 1/4 jährlich jährlich

30 Euro 60 Euro 120 Euro

ab Monat

Meine Kontonr. BLZ

Geldinstitut

Datum / Unterschrift

<input type="text"/>
Vorname, Name
<input type="text"/>
Straße und Hausnummer
<input type="text"/>
PLZ und Ort
<input type="text"/>
E-mail
<input type="text"/>

Arbeitsgemeinschaft Regenwald und Artenschutz e.V.

August Bebel Str. 16 - 18
 33602 Bielefeld

Tel. 0521 - 6 59 43
 Fax 0521 - 6 49 75

Email: ara@araonline.de
 Internet: www.araonline.de

Spendenkonto
 Konto-Nr. 72 217 300
 bei der Sparkasse Bielefeld
 BLZ 480 501 61

Impressum:
 Redaktion: Jürgen Wolters, Wolfgang Kuhlmann,
 Monika Nolle

Bilder: Stiftung Artenschutz, ARA-Archiv

Das ARA Magazin erscheint vierteljährlich.
 Die Kosten für ein Jahresabonnement betragen 10 Euro.

gedruckt auf 100% Recyclingpapier

ARA e.V. ist vom Finanzamt Bielefeld als gemeinnützig und besonders förderungswürdig anerkannt. Spenden sind steuerlich abzugsfähig. Mitglieder, Förderer und Spender erhalten das ARA-Magazin kostenlos.

Überweisungsauftrag/Zahlschein

(Name und Sitz des beauftragten Kreditinstituts)

(Bankleitzahl)

Empfänger

Arbeitsgemeinschaft Regenwald und Artenschutz e.V. (ARA)

Konto-Nr. des Empfängers
 72 217 300

Sparkasse Bielefeld

Bankleitzahl
 480 501 61



EURO

Betrag

Name des Spenders

PLZ und Adresse des Spenders

Stichwort:

Konto-Nr. des Kontoinhabers

19

Beleg / Quittung für den Auftraggeber

Konto-Nr. des Auftraggebers

Empfänger

ARA
 Postfach 100 466
 33504 Bielefeld



Konto-Nr. _____ bei Kreditinstitut _____
 72 217 300 Sparkasse Bielefeld

Verwendungszweck

SPENDE

EUR

Kontoinhaber / Einzahler

Datum

SPENDE

Bitte geben Sie für die Spendenbestätigung Ihren Namen und Ihre Anschrift an

Datum

Unterschrift